

Editorial

Überschriften in überregionalen deutschen Zeitungen in diesem Herbst wie „Der Staat rettet den Kapitalismus“ oder die „Mär vom Markt“ zeigen eine Wiederentdeckung des Staates an, wenigstens in seiner „Auffangverantwortung“, wie es in der neueren Debatte um Verantwortungsverteilung zwischen Staat und Gesellschaft formuliert wird. Die Ereignisse und ihre Reflexion bringen emergente Entwicklungen zu Tage, die sich unterhalb des dominanten marktfreundlichen ideologischen Schleiers wohl sichtbar, aber mehr oder weniger verleugnet, schon lange angedeutet hatten. In den westlichen Nationalstaaten (deren institutionelle Robustheit und egozentrische Handlungsfähigkeit weitgehend unterschätzt wurde) hatten sich zwar staatskritische Formeln in führenden Köpfen festgesetzt, aber parallel hierzu konnte von einem „Staatsabbau“ kaum die Rede sein, insbesondere nicht in den USA. Diese Parallelität von erklärter „marktschaffender“ politischer Strategie (mit weichenstellenden Deregulierungen, Umschichtungen innerhalb der Staatsausgaben und Personalabbau) und punktuellen, aber quantitativ bedeutsamen Interventionismus sowie neuen Regulierungen, erzeugte gespaltene Wahrnehmungen, die auf Dauer nicht durchzuhalten sein werden.

Dabei hat die vergleichende Staatstätigkeitsforschung schon seit geraumer Zeit einen Vorrat an empirisch fundiertem Wissen über den „arbeitenden Staat“ angehäuft und den ideologischen Schleier über so manche Selbstwahrnehmungen politischer Akteure „dekonstruiert“. Schon zwanzig Jahre nach dem Beginn des Thatcherismus und seiner Privatisierungseuphorie resultierte daraus z.B. in Großbritannien die Forderung an Wissenschaft und Praxis nach „Restating the State“. Dieser Aufruf konnte sich jedoch nur schwach gegen die Eigendynamik eingeschlagener Praktiken durchsetzen, und heute noch ist ein großer Teil der Wissenschaft skeptisch gegen die derzeitigen Rettungsversuche staatlicher Autorität, oder konzeptionell zerstritten über die richtigen Aktionen und Instrumente. In der Realität aber meldet sich die Politik global selbst zurück und rückt den „Staat als Hüter der Ordnung“ ins Zentrum, der Not gehorchend allerdings noch ohne neues Paradigma. Unsere Zeitschrift kommt also zur richtigen Zeit, wenngleich wir uns nicht blind ins tagespolitische Getümmel stürzen werden, sondern programmatisch kleinteilig an vielen Ecken beginnen, den in den letzten Jahrzehnten dem Anspruch nach modernisierten Staat zu erkunden und von verschiedenen Fachdisziplinen her zu „rekonstruieren“.

Beispielsweise sind die andauernden Reformbemühungen um die Neuverteilung staatlicher Aufgaben in Mehrebenensystemen ein international zu beobachtender wichtiger Prozess, der – neben anderem – unter dem Stichwort „Dezentralisierung“ sowohl seine Wurzeln in der ökonomischen Kritik am Big Government hat, als auch aus demokratietheoretischen Gründen den Staat wieder näher an die Bürger heranzuführen will. In diesem Heft findet der Leser im Schwerpunkt **Reform dezentraler Staatsaufgaben** Aufsätze, die zum einen Teil auf einer Tagung der interdisziplinären Forschergruppe „Der Staat in der Veränderung“ an der Leibniz Universität Hannover unter dem Titel „Das Design des Staates“ vorgetragen, zum anderen Teil zusätzlich eingeworben wurden. Sie ergeben ein gutes Bild von der enormen Unterschiedlichkeit der Dezentralisierung in Vergangenheit und Gegenwart verschiedener Nationalstaaten. Dieses Thema ist bereits in Heft 1 aufgegriffen worden (Fall Frankreich) und wird im nächsten Heft weitergeführt. Zudem existieren Querbeziehungen zu anderen Artikeln in diesem Heft, die nicht unter dem Schwerpunktthema rubriziert sind.

Auch angesichts der eingangs angedeuteten großen Fragen ist die Beschäftigung mit dem „arbeitenden Staat“ für uns keine Nebensache. Denn dessen Funktionsfähigkeit und Gemeinwohlproduktion ist für die Gesellschaft von existenzieller Bedeutung. Dies gilt auch für ein auf den ersten Blick reines Expertenthema wie das **Neue Steuerungsmodell**, denn dessen Entstehungsgeschichte bezieht sich einerseits auf „Verantwortungsdefizite“ insbesondere in der kommunalen Politik und andererseits auf die neue (durchaus marktorientierte) Denkweise des New Public Management als Gegenmittel. Die durchgeführten Reformen haben nunmehr schon eine längere Geschichte in der Bundesrepublik, so dass es Zeit für die Evaluation ist. In der hier abgedruckten Debatte kommen dabei, durchaus nicht überraschend, unterschiedliche Einschätzungen zu Tage. Wir halten es für wichtig, dass in unserer Zeitschrift auch solche praxisorientierten wissenschaftlichen Kontroversen publiziert werden, insbesondere aus dem schon eingangs angedeuteten Grund des Widerspruchs zwischen rasch und dominant verbreiteten neuen Strategien und der zähen Umsetzungsrealität, die oftmals ganz andere Ergebnisse hervorbringt als die intendierten. Sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis war es leider lange Zeit Gewohnheit, diesen Hiatus nicht zu begreifen. Die gesplante Wahrnehmung erzeugte deshalb eine Art von Zynismus auf beiden Seiten, Reformmüdigkeit und den Verlust des Vertrauens in die Erfolge der eingeschlagenen Wege. Das Vertrauen, um welches „der Markt“ gerade ringt, ist aber auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung eine weiche Ressource, die schwer zu erwerben und schnell zu verlieren ist.

Im Sinne der von uns für dringend notwendig erachteten reflektierten Modernisierung von Staat und Verwaltung möchten wir mit unseren bescheidenen Mitteln zu dem Maß an Aufklärung beitragen, das die Grundlage eines neuen Vertrauens sein kann.